



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erchein: wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Verammungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Staat und Wirtschaft.

Von Wilh. Eggert.

Auf der letzten Bundesauschubung des ADGB in Kiel hielt der Kollege Wilhelm Eggert einen gut durchdachten Vortrag, der gewissermaßen einen Querschnitt unserer Zeit darstellt. Die nachstehenden Ausführungen sind diesem Vortrage entnommen:

Kartellgebundenheit und Lohnhöhe.

Die Industrie besteht aus einer Reihe von Unternehmungen verschiedenen Umfangs, verschiedener Organisation und sehr verschiedener Leistungsfähigkeit. Sie umschließt Werke, die gut, und solche, die schlecht rentieren. Werke von hohem technischen Stand können aber Lohnhöhen leichter tragen als solche, die in der technischen Entwicklung nicht auf der Höhe sind, ebenso wie technisch hochstehende Werke mit niederen Preisen besser auskommen als Werke von technischer Rückständigkeit. Es wäre also unsinnig, die Lohnhöhe nach den schlecht wirtschaftenden Unternehmungen bemessen zu wollen. Das aber gerade wird von Unternehmern immer verlangt: der Lohn müsse sich nach der Rentabilität der Werke richten, d. h. doch nichts anderes, als die Lohnhöhen müßte den technisch unvollkommenen Betrieben angepaßt werden. Diese Ansicht ist volkswirtschaftlich gefährlich, und der Staat, seine Schlichtungsorgane und seine Wirtschaftspolitik müssen diese Ansicht deshalb zum Wohle der Wirtschaft ablehnen. Die Anerkennung jenes Standpunktes würde heißen, daß die besserwirtschaftenden Unternehmungen aus den niederen Arbeitslöhnen Sonderrenten beziehen, daß aber schlecht wirtschaftende Unternehmungen auf Kosten der Arbeitenden ihr Dasein fristen könnten.

Gesunde Auslese der Betriebe durch die Gewerkschaften.

Die freie Konkurrenz nahm nicht Rücksicht auf unrentierende Unternehmungen. Was unrentabel war, brach zusammen. Die freie Konkurrenz aber verliert immer mehr an Bedeutung. An ihre Stelle tritt mehr und mehr die kartellierte, die gebundene Wirtschaft. Durch diese Bindung werden schlechte Unternehmungen auf Kosten der Verbraucher durchgehalten, während die guten, dank ihrer besseren Wirtschaftlichkeit, Kartellrenten erzielen. Beides ist volkswirtschaftlich schädlich. Die Gewerkschaften können solche Rücksichtnahme grundsätzlich ablehnen. Diese Haltung der Gewerkschaften müßte gerade von denjenigen lebhaft begrüßt werden, die im Grunde ihres Herzens noch Anhänger der freien Wirtschaft sind, jener Wirtschaft, die die natürliche Auswahl aller Tüchtigen zum Prinzip erhob. Was früher die freie Konkurrenz gewissermaßen automatisch besorgte, die Auslese des Besten, das besorgt jetzt die Gewerkschaftsbewegung durch die Erringung besserer Arbeitsbedingungen, durch ihr Streben nach höherem Anteil der Arbeitskraft am Ertrage der Arbeit. Höhere Löhne merzen ebenso, wie es früher die freie Konkurrenz tat, unwirtschaftliche Betriebe aus. Sie sind daher gleichermaßen ein Mittel zur Stärkung der Kaufkraft wie ein Ansporn zum wirtschaftlichen Fortschritt. Sie entfalten die produktiven Kräfte und machen die Wirtschaft konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Dieser Ansporn ist für die Wirtschaft dringend nötig.

Werden die Preise durch die Löhne bestimmt?

In ihren Geschäftsberichten pflegen die Unternehmungen von ihren Rationalisierungserfolgen rühmend zu berichten. Aber sie hüthen sich, bei Lohnverhandlungen davon zu sprechen. Hier, bei den Auseinandersetzungen um höhere Löhne, wird die Entwicklung der Arbeiterlöhne mit der Entwicklung der Preise der Erzeugnisse verglichen, wie es kürzlich von einem Vertreter des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten versucht wurde. Solche Vergleiche sind völlig irreführend und daher unangebracht. Der Staat und seine Schlichtungsorgane dürfen sich von solchen fehlerhaften Methoden nicht beeinflussen lassen. Man kann nicht Lohn- und Preisstand vor-

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder.

Arbeitslosigkeit und Krankheit haben in diesem Jahre vor dem Feste eine größere Anzahl Opfer unter unseren Mitgliedern gefordert. Das immer mehr gesteigerte Arbeitstempo, die Arbeitslast in den Betrieben zwingt manchen Kollegen und noch mehr Kolleginnen zu unfreiwilligem Auslegen. Sie können einfach nicht mehr. Die Umstellung im technischen Betrieb machte in letzter Zeit eine ganze Anzahl Mitglieder arbeitslos, so daß gerade in der Zeit guter Konjunktur vor Weihnachten verhältnismäßig viel Arbeitslose gemeldet werden.

Der Verbandsvorstand hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesen Zuständen auf dem Arbeitsmarkt eingehend beschäftigt und wie im Vorjahre beschloßen, den arbeitslosen, kranken und invaliden Mitgliedern eine Sonderunterstützung zu gewähren. Der Beschluß wird lebhaften Beifall in den Mitgliederkreisen auslösen, sind doch von vielen Zahlstellen entsprechende Wünsche beim Verbandsvorstand eingegangen. Außerdem beschloß bekanntlich der Verbandstag in Köln a. Rh., an dem alten Brauch der Weihnachtsunterstützung festzuhalten.

Die Unterstützung selbst ist höher als im Vorjahre schon dadurch, da im allgemeinen die Unterstützungssätze durch den Verband erhöht wurden. Außerdem ist der Mindestbetrag, der zur Auszahlung kommen muß, von 3 Mk. auf 5 Mk. herausgehoben worden. Es kommen zur Auszahlung an:

Arbeitslose.

Jedes arbeitslose Mitglied, das in der Woche vom 16. bis 22. Dezember d. J. arbeitslos gemeldet ist, erhält eine Weihnachtsunterstützung nach folgenden Bestimmungen:

Unterstützungsberechtigte Arbeitslose erhalten denselben Satz an Weihnachtsunterstützung, den sie für die Woche vom 16. bis 22. Dezember als laufende Arbeitslosenunterstützung beziehen, mindestens aber 5 Mk.

Ausgesteuerte Arbeitslose erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie in

der letzten Unterstützungswoche für 6 Tage als Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, mindestens aber 5 Mk.

Nach nicht bezugsberechtigte Mitglieder erhalten für 6 Tage den Satz der Arbeitslosenunterstützung ihrer Beitragsklasse, den sie nach 52wöchiger Beitragsleistung beziehen würden, ebenfalls nicht unter 5 Mk.

Für jedes Kind bis zu 14 Jahren erhalten die Arbeitslosen aller drei vorgenannten Gruppen außerdem noch einen Zuschlag von 2 Mk.

Kranke.

Alle in der Woche vom 16. bis 22. Dezember d. J. im Krankenstand befindlichen Mitglieder, die keine Krankenunterstützung vom Verband mehr beziehen — also ausgeteuert sind — erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag ausgezahlt, den sie für 6 Tage als Krankenunterstützung nach ihrer Beitragsklasse und Mitteldauer beziehen würden. Mindestens aber 5 Mk. Auch sie erhalten für jedes Kind unter 14 Jahren einen Zuschlag von 2 Mk.

Invalide.

Alle Arbeits- und Altersinvaliden, für die die Voraussetzungen des § 5 Ziffer 4 des Verbandsstatuts zutreffen, erhalten als Weihnachtsunterstützung den Betrag, den sie für 6 Tage Arbeitslosenunterstützung in der Beitragsklasse beziehen würden, in der sie vor ihrer Invalidität Beiträge geleistet haben. Auch hier beträgt die Mindestunterstützung 5 Mk. Sie erhalten ebenfalls für jedes Kind bis zu 14 Jahren einen Zuschlag von 2 Mk.

Sobald die einzelnen Zahlstellen aus örtlichen Mitteln, durch Sammlungen oder Extrabeiträge ebenfalls etwas tun wollen, um die vom Verbandsvorstand beschlossene Unterstützung zu erhöhen, wird diese Beihilfe sicherlich von den Unterstützungsempfängern freudig begrüßt und als Vinderung ihrer Notlage angesehen werden.

und nach der Rationalisierung miteinander vergleichen wollen zu dem Zweck, der staunenden Öffentlichkeit zu verkünden, daß die Entwicklungslinie der Löhne günstiger verlaufe als die der Preise!

Es wird doch niemand ernstlich behaupten wollen, der Gewinn einer Tuchfabrik müsse sich vermindert haben, weil ein Meter Tuch nach der Rationalisierung weniger kostet als vorher. Die Rationalisierung senkt die Gesehungskosten und steigert die Produktivität. Man kann also auch aus einer Steigerung der Löhne nicht ohne weiteres Schlüsse auf die Gesehungskosten oder gar auf den wirtschaftlichen Stand eines Unternehmens oder Industriezweiges ziehen.

Es gibt Beispiele und Tatsachen genug, wo die Gesamtsumme des Lohnes eines Betriebes wesentlich geringer ist, obwohl der einzelne Arbeiter Lohnsteigerung erfahren hat. So ging in der Karlsruher Nähmaschinenfabrik infolge der Rationalisierung die Zahl der Angestellten um 51 Proz. zurück, die Zahl der Meister um 72 Proz., die Zahl der produktiven Arbeiter um 44 Proz., die Zahl der Transportarbeiter um 93 Proz., während die Löhne nur um 14 bis 15 Proz. gestiegen sind. Daraus läßt sich wohl der Schluß ziehen, daß die Gesamtsumme als Anteil der Gesehungskosten erheblich gesunken ist. In der Motorenfabrik Deug sank nach der Rationalisierung der Gesamtsumme der Gesehungskosten bei einer Motortype um 18 Proz., die Lohnsumme aber um 22 Proz., bei einem anderen Motortyp sanken die Gesehungskosten infolge der Rationalisierung um 31 Proz., die Lohnsumme aber um 40 Proz. Diese Beispiele machen es also deutlich, daß eine Lohnsteigerung unter verschiedenen Umständen etwas ganz Verschiedenes be-

deuten kann. Es kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden: der Lohn ist nur einer unter den vielen Bestandteilen, die zur Preisbildung beitragen. Er tritt infolge der Rationalisierung an Bedeutung immer mehr hinter den anderen Preisfaktoren zurück.

Die Wirtschaft hat dem Gemeinwohl zu dienen.

Es liegt im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung, daß Staat und Wirtschaft einander durchbringen, daß ihre gegenseitigen Beziehungen vielfältiger und vielfach intensiver werden. Der Staat soll diese Beziehungen pflegen, dabei aber stets eingedenk sein, daß zur Wirtschaft nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer gleichberechtigt gehören. Sachverwalter ihrer Arbeitskraft sind die Gewerkschaften. Nicht nur die 4 1/2 Millionen ihrer Mitglieder folgen der gewerkschaftlichen Führung, sondern darüber hinaus die große Mehrheit aller Arbeiter. Das haben die Wahlen der Versichertenerreiter in den Krankenkassen bewiesen. Rund 17 Millionen Arbeitnehmer sind in den Krankenkassen versichert, und 75 Proz. der gewählten Vertreter gehören unserer Gewerkschaftsbewegung an. Also anerkennen drei Viertel der Arbeiterchaft Deutschlands unsere Gewerkschaftsbewegung als ihre berufene Vertreterin.

Die Aussperrung an der Ruhr ist beendet. Sie hat deutlich gemacht, wie es kein anderes Ereignis je vermocht hätte, daß Staat und Wirtschaft von der Willkür einer kleinen, aber kapitalmächtigen Unternehmergruppe befreit werden müssen. Wir grüßen die Ruhrarbeiterchaft, die durch ihr besonnenes Verhalten während der ganzen Dauer des Kampfes die Sympathie der Öffentlichkeit für sich hatte.

Kritische Umschau.

Der „Gewerkschaftsstaat“.

Seit die Gewerkschaften zu bedeutungsvoller Einflussnahme auf die Gestaltung des staatlichen Lebens gelangten, hat sich gewiß in der sozialen Ordnung manche entscheidende Veränderung vollzogen, für die sie bereitwillig verantwortlich zeichnen wollen und müssen. Die „Schwerindustrielle“ „Bergwerks-Zeitung“ eilt jedes der maßgeblichen Entwicklungen des Staates voraus und belästigt die Gewerkschaften über Gebühr, wenn sie schreibt:

„Die Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat ist nachgerade soweit getrieben worden, daß sie eine schwere Gefahr für ihren Bestand bedeutet. — — — Der heutige Gewerkschaftsstaat treibt mit dem Rechtsgedanken Mißbrauch, indem er seine Macht demütigt, um ein Recht herzurichten, das einseitige Gruppeninteressen fördert auf Kosten wohlhabender Rechte der anderen, auf Kosten des Privateigentums und der Privatwirtschaft.“

Hinsichtlich der Bewertung staatlicher Wirtschaftsbefehlungen weicht selbstverständlich unsere Auffassung von der des schwerindustriellen Organs erheblich ab. Uns freut deshalb die ausgesprochene Befürchtung, daß die privatkapitalistischen Throne zu wackeln beginnen. Jedoch mit Rücksicht auf die immer noch überreich vorhandenen sozialen Mißverhältnisse müssen wir die „Bergwerks-Zeitung“ bitten, den Ausdruck „Gewerkschaftsstaat“ noch für eine Weile zu suspendieren, da wir erst mit seiner Verwirklichung die volle Verantwortung für seinen sozialen Inhalt übernehmen können. Bis dahin aber können wir das Schuldkonto der Klasse, die auf Grund „wohlhabender Rechte“ durch Ausparungen, Arbeitslosigkeit usw. die Wirtschaft in „schwere Gefahren für ihren Bestand“ bringt, keinesfalls entlasten.

Ein kleines Versehen.

Es ist nicht richtig, daß sich mit Zahlen alles beweisen läßt. Allerdings kann man sehr viel mit ihnen beweisen, wenn man sie geschickt zu gebrauchen versteht. Diese Geschicklichkeit geht Herrn G. verhältnismäßig in sehr hohem Maße ab, der im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ (Nr. 47) zu beweisen sucht, daß unser Verband seit Jahren an einem chronischen Mitgliederchwund leidet. Für 1925/26 bringt er die richtigen Zahlen heraus, um dann auf Grund einer beliebigen Zahl aus dem Jahre 1927 eine Abnahme von etwa 900 Mitgliedern freudbestrahlend festzustellen. Demgegenüber ergibt die Verbandsstatistik das folgende Bild: 1925: 37 793, 1926: 35 433, 1927: 39 307. Herr G. hat also „versehenlich“ für die entscheidende Vergleichszahl einen Zeitpunkt gewählt, der bei methodisch sauberen statistischen Vergleichen nicht herangezogen werden darf. Vorichtig behauptet er allerdings (am 23. November 1928), daß „für 1927 abschließende Zahlen noch nicht vorliegen“. Hm! Unser Verbandsstatistiker hat zuletzt im Juni dieses Jahres auf dem Kölner Verbandstag die abschließenden Zahlen für 1927 offiziell bekanntgegeben und weiterhin mitgeteilt, daß bis zu diesem Zeitpunkte die Zahl 40 000 bereits überschritten war.

Herr G. scheint in statistischen Vergleichen und Auswertungen nicht sonderlich erfahrung zu sein, sonst würde er schon allein aus Klugheitsgründen auf abgegriffene Kunststücke verzichten, die selbst der jüngste Gewerkschaftsfunktionär nur noch spöttisch belächelt.

Sie wissen nicht, was Sie tun.

Wahrscheinlich durch das nahe Weihnachtsfest hoffnungsvoll gestimmt, haben die selbständigen deutschen Handwerker in einer Reichstagsdebatte in Berlin an den Vater Staat einen Wunschzettel gerichtet, der durch Umfang und Inhalt gleichermaßen anspruchsvoll wirkt. Wenn auch nicht mit demselben Schwergewicht in der Wirkung, aber mindestens mit derselben Schärfe, die von den großen „Kollegen“ aus Industrie und Handel aufgebracht wird, ist man auch hier wieder über einige wirtschafts- und sozialpolitische Bestrebungen der Gewerkschaften hergefallen. Sicherlich ist es nicht allzu ersperrlich, wenn ein Volontiershündchen mit seinem schwachen Klaffen das tiefe Knurren einer immerhin respektablen Dogge begleitet. Beachtenswerter ist schon ein anderer Umstand. In der umfangreichen Serie von Forderungen, die man an den Staat adressierte, findet sich auch eine, die vom Staate grundsätzliche Nichtanerkennung in Arbeitslämpfe verlangt. (Abbau der staatlichen Schlichtung.)

Das ist wirklich kurios. Das selbständige deutsche Handwerk stellt an den Staat Forderungen. Von der direkten finanziellen Subvention bis zu einer besonderen handwerklichen Schutzgesetzgebung gibt es kaum einen Eingriff, der dem Staate nicht vom selbständigen Handwerk aberlangt worden wäre. Wenn aber dieser selbe Staat im Interesse des Gemeinwohls zu ordnenden Eingriffen in das soziale Getriebe gezwungen ist, dann entdeckt das eben noch fordernde Handwerk plötzlich, daß er mit solchen Eingriffen seine ihm wesensgemäßen Befugnisse überschreite. Gedankliche Verwirrung? O nein! Staat als Hausknecht!

„Gentleman agreement“.

Ein führender Stahlindustrieller: „Ist es nicht geradezu tragisch, daß man in Deutschland wegen einer

Preiserhöhung von 3 Mark die Tonne (Eisen) alles in Aufregung bringt?“

In einer schwerindustriellen Wochenschrift ist der rettende Ausweg gefunden. Schuld an dieser vermalteiten Aufregung der Konumenten, deren Geldbeutelinhalt man durch Preiserhöhungen still und leise in fastige Profite verwandeln möchte, sind die Kartelle. Durch sie wird jede Preiserhöhung sofort publik und veranlaßt die unangenehme Gegenwehr vor allem der fatalen Gewerkschaften. Man soll also die Kartelle auflösen und nach amerikanischem Vorbilde durch „gentleman agreement“ ersetzen (ehrenwörtliche Geheimabkommen über Preise usw.). Zum Beweise dafür, daß geschäftliche Ehrenwörter ebenso stabil sind wie formvollendete Kartellverträge, wird ein amerikanisches Beispiel angeführt. Eine Firma in Worcester hatte vereinbarungswidrig die Preise für Schrauben gesenkt. Resultat: Boykott durch Lieferanten und Kunden — Konkurs. Gentlemanmoral!

Webrigens täuscht sich der findige Ratgeber in der naiven Annahme, man könnte die deutschen Gewerkschaften durch geheimdiplomatische Manieren unterlebens übertrügeln.

Ob Vertragskontrahenten oder „Gentlemen“ die Preise erhöhen wollen, wenn sie nicht in der Lage sind, ein solches Vorhaben volkswirtschaftlich zu rechtfertigen, die Gewerkschaften werden ihnen in jedem Falle derb auf die Finger klopfen.

Kampf den Zeitschriften-Veräherungen.

Die riesige Ausbreitung von Zeitschriften-Veräherungen, wie „Bobachs Familienhefte“, „Ich helfe Dir“, „Nat und Tat“, „Heim und Herd“, „Sport und Gesundheit“ und wie sie sonst alle heißen, ist zu einer Landplage geworden. Unzählige Argenten suchen unsere Arbeiterfrauen besonders in den Vormittagsstunden auf, wenn die Kollegen aus ihrer Arbeitsstelle sind, um Abonnementverträge abzuschließen. Oft gelingt es ihnen durch ihre Ueberredungskunst, die Frauen ohne Kenntnis des Mannes zur Unterschrift zu bewegen. Erst viel später, nämlich dann, wenn sie die Veräherungsbedingungen durchlesen, müssen die Abonnenten feststellen, daß sie ihr Geld zwecklos für einen fragwürdigen Versicherungsschutz ausgeben. Wenn das nächste Mal die Hefte nicht abgenommen werden, hagelt es zuerst Mahnungen von der Buchhandlung, dann Drohbriefe eines Rechtsanwalts. Wird darauf nicht reagiert, folgt ein Zahlungsbefehl. Wird dagegen sofort Einspruch erhoben, erscheint pünktlich eine Terminladung.

Bis vor kurzem sind die meisten Urteile zuungunsten der Verähernten ausgefallen. Erst in letzter Zeit ist es gelungen, diese Verträge auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs als nichtig zu erklären. Die Reichs-Gewerbe-Ordnung sagt in ihrem § 56 Ziffer 3 Absatz 12, daß der Vertrieb von Druckschriften im Umherziehen unter gleichzeitiger Aufklärung von Prämien und Gewinnen (wozu auch Unfall- und Sterbegelder gehören) verboten ist. Da alle diese Verträge genau ein aesehliches Verbot verstoßen, sind sie nach § 134 des BGB. nichtig.

Durch die Anziehung vorangenannter Paragraffen haben die Amtsgerichte in Berlin, Duisburg, Dinslaken und viele andere die Nichtigkeit dieser Verträge bestätigt. Daraus ergibt sich, daß eine Kündigung von Zeitschriftenveräherungen nicht notwendig ist.

Wir möchten daher allen organisierten Kollegen raten, wenn sie eine derartige Torheit einmal gemacht haben, konsequent die Weiterzahlung der Hefte abzusetzen und sich auf die vorgenannten Urteile und Gesetzesbestimmungen zu berufen. Hunderttausende können dadurch den privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften ohne eigenen Schaden den Rücken fehren.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir darauf hinweisen, daß der Gewerkschaftskongreß in Breslau im Jahre 1925 sowie der Gewerkschaftskongreß in Hamburg 1928 Beschlüsse gefaßt haben, in denen sie die Arbeiterschaft ermahnen, keine Versicherungsschlüsse bei privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften vorzunehmen, sondern für den Abschluß von Versicherungsverträgen die eigenen Einrichtungen, nämlich die „Vollstufürsorge“ für den Todes- und Erbensfall, und für die Sachversicherung die „Eigenhefte“ zu benutzen. Beide Versicherungsgesellschaften sind Gründungen der Arbeiterschaft, die es sich zum Ziel gesetzt haben, einen wirklichen Versicherungsschutz zum Selbstkostenpreise zu bieten.

Der bedeutende Aufschwung beider Organisationen, der sogar von der bürgerlichen Seite als beispiellos und musterhaft bezeichnet wird, zwingt uns immer wieder, darauf hinzuweisen, daß alle Arbeiterorganisationen verpflichtet sind, diese Einrichtungen zu propagieren.

Nähere Auskünfte erteilen der Vorstand in Hamburg 5, An der Alster 58 59, die Gewerkschaftsbureau, die Verkaufsstellen der Konjunktionsgesellschaften, die örtlichen Rechnungstellen sowie die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Vollstufürsorge. Für Berlin und Umgebung befindet sich das Bureau in der Ritterstr. 128, Telephon Moritzplatz 998. Paul Jessath.

Ein Brief aus Argentinien.

Das Leben des Arbeiters in Argentinien.

(Esperanto-Dienst) Es ist nicht leicht, das Leben eines Arbeiters in Argentinien zu beschreiben. Durch die dauernde Einwanderung verändert sich immerwährend die Bevölkerungszahl und mit dieser auch die Arbeitsbedingungen. Um aber eine möglichst genaue Kopie zu entwerfen, werde ich versuchen, ganz kurz das Leben eines besten und eines schlechtbezahlten Arbeiters zu schildern. Die einzelnen Zwischenstufen werde ich euch an Hand dieser zwei Beschreibungen selbst vorstellen können. Der erste Fall: Kommt ein Einwanderer in unser Land, so wird er sich in einem Einwandererhotel einlogieren, wo er auf Staatskosten zwei bis drei Wochen schläft und ist, bis er Arbeit gefunden hat. Ich setze voraus, daß dieser Arbeiter ein guter, qualifizierter Arbeiter ist — er wird sehr leicht Arbeit finden. Als Lohn erhält er pro Tag 12 Pesos (1 Peso = 1,68 M.). Wenn seine Frau sehr sparsam ist und gut wirtschaftet, kann dieser Arbeiter jeden Monat ein Stümchen zur Bank tragen, das sich erhöht, wenn die Frau noch selbst mitarbeitet. Bald wird sich unser Arbeiter ein Stück Land kaufen. Er muß für 300 Quadratmeter 3000 Pesos zahlen, die er in 100 Monaten zu je 30 Pesos abzahlen kann. Buenos Aires verdankt diesem System der Bodenverteilung seine Größe und schnelles Wachstum. Auf dem erworbenen Boden baut er sich mit Hilfe seiner Genossen ein Häuschen mit noch beschränktem Raum. Auf diese Art erspart er die Miete, was eine sehr beachtenswerte Ersparnis ist. Die Sonntage benützt er, um sein Heim zu vergrößern und zu verbessern. Sein Lohn hat sich vielleicht auf 14 bis 15 Pesos erhöht. Sein Häuschen vergrößert er immer mehr, so daß er ein bis zwei Zimmer vermieten kann. Dadurch erhöht sich sein Einkommen auf mehr als 400 Pesos pro Monat. Er hat nun die Mittel, sich auf irgendeine Art selbständig zu machen, ein großer oder kleiner Bürger zu werden. Oder aber auch: er bleibt einfach ein „Arbeiter-Kristofat“.

Jedoch gehen wir einmal zur anderen Seite. Wenn ein Einwanderer die spanische Sprache nicht beherrscht und keinen Beruf hat, so kann er in Buenos Aires nichts unternehmen. Nach längerem Aufenthalt im Einwandererhotel erhält er vom Staate ein freies Billet nach irgendeiner Richtung des Landes. Er kommt zum Beispiel nach dem Gouvernement Misiones, wo man hauptsächlich „Verba Mate“ (nationaler Tee) pflanzt. Unendlich groß sind diese Farmen, und deren Arbeiter fronen in schwärzester Sklaverei. Sie erhalten 0,17 Pesos für das Zerteilen von 8 Kilogramm „Verba Mate“. Den Lohn bekommen sie aber nicht in Staatsgeld — jeder Farmer hat sein eigenes Geld. Selbstverständlich können sie mit ihrem wenigen Geld nur das Allernotwendigste kaufen und dazu noch in den Magazinen des Farmbesitzers, denn anderweitig können sie ihr „Geld“ nicht unterbringen. Dieser macht dadurch einen erhöhten Profit, da die Preise obendrein ungemein hohe sind. Der Ausbeuter hat mit diesem System ein für ihn ausgezeichnetes Mittel gefunden, sich so schnell wie möglich wiederum in den Besitz „seines“ Geldes zu setzen.

Natürlich kann ein Arbeiter sein Geld auch in Staatsgeld erhalten. Bei der Umrechnung hat er aber keinen Profit davon — erstens muß er Wechselgeld zahlen und zweitens kann er nichts kaufen — das Magazin des Besitzers nimmt nur „eigenes“ Geld. Andere Gelegenheiten zum Kaufen gibt es nicht, die Arbeiter — „Mensu“ genannt — leben so richtig im „freien Kamp“, fern von jeder Verbindung und somit ist selbst die mindeste staatliche Kontrolle unmöglich. Ihre Hütten, in denen sie wohnen müssen, sprechen aller Hygiene Hohn. Sie leben vollständig unter dem Diktat des Besitzers und der Aufsicht Allgemein haben diese Farmer neben privater Polizei auch Straf-anstalten, in denen die klaffenbewußten Arbeiter sich „ausruhen“ dürfen.

Wenn auch der erste sowie der zweite geschickerte Fall nicht zu den häufigsten gehört, so begegnet man aber doch viel mehr dem letzteren als dem ersteren.

A. Barrot, Buenos Aires.

Die Herrschaft dieses Teufels.

In Danzig, einer Stadt von reichlich 200 000 Einwohnern, wurden in dem einen Monat vom 8. Oktober bis 7. November festgenommen: 33 Personen wegen Körperverletzung und Schlägerei, 7 wegen Bedrohung, 13 wegen Hausfriedensbruchs, 11 wegen Sachbeschädigung, 11 wegen Widerstandes, 3 wegen Gefangenenbefreiung, 219 wegen Trunkenheit: zusammen 300. Doch ist diese Angabe nicht ganz vollständig. Die wirklichen Zahlen sind noch höher. „Jeder mit offenen Augen durch unsere Stadt gehende Mensch weiß, wie schrecklich die Herrschaft dieses Teufels im Wuppurmental ist. Von den leichtsten Veräherungen bis zu den schwersten Rohheitsverbrechen führt er seine Beibehalten hin. Schutz- und Kriminalpolizei wissen eine jeden Volkstreu und erschütternde Kunde zu geben“, bemerkt dazu „Die Freizität“. — Von welcher deutschen Stadt ließe sich nicht das gleiche sagen? — Und welche vielfach größere Familienelend lauert hinter diesen trockenen Zahlen!

Bilanz des Arbeiterhaushalts.

Wenn wir im allgemeinen auchzugeben müssen, daß unter dem Einfluß der Gwerkschaften sich das Lohnniveau gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gehoben hat, so können wir doch nicht leugnen, daß auch der gegenwärtig gezahlte Lohn noch in einem unerhörten Mangelverhältnis zu den notwendigen Lebensbedürfnissen steht. Auf der Münchener Ausstellung „Wohn und Technik“ befindet sich nachstehende interessante Tabelle, die auf Grund statistischer Erhebungen Aufschluß gibt über Einkommen und Verbrauch deutscher Haushaltungen im Jahre 1923.

	Einkommen		
	unter 2500 Mfr. in Proz.	zwischen 2500 und 4500 Mfr. in Proz.	über 4500 Mfr. in Proz.
1. Nahrung u. Genussmittel	46,5	36,6	27,7
2. Kleidung, Wäsche	10,5	12,3	13,5
3. Wohnung	13,6	10,2	9,0
4. Beleuchtung, Heizung	5,0	4,0	3,8
5. Hausinventar, Möbel	2,6	7,4	4,4
6. Gesundheitspflege, Fortbildungsausgaben, öffentl. Abgaben	14,4	18,1	25,2
7. Bildung, Erholung	4,7	6,1	6,9
8. Ersparnisse	0,0	1,1	3,1
9. Allgemeine Ausgaben	2,7	4,2	6,4
	100,0	100,0	100,0

Diese Tabelle ist sehr lehrreich und zeigt, daß bei einem Einkommen bis zu 2500 Mfr. jährlich — das entspricht etwa einem Wochenlohn von 48 Mfr. — fast die Hälfte des Lohnes allein für die Lebensmittel aufgewendet werden muß, während bei einem Gehalt von 7500 Mfr. noch nicht ein Drittel für denselben Zweck ausgegeben wird. Dasselbe gilt für Wohnungsmiete, Beleuchtung und Heizung. Die gesunden und geräumigen Vorderwohnungen sind im Vergleich zu den engen Hinterwohnungen verhältnismäßig billig. Die Zentralheizung ist sparsamer als die unrationelle Ofenheizung, die Benutzung des elektrischen Lichts ist vorteilhafter als Gas- oder Petroleumbeleuchtung. Da der Arbeiter infolge seines niedrigen Lohnes gezwungen ist, allein 65,1 Proz. seines Lohnes für den allernotwendigsten Lebensbedarf (Nahrung, Wohnung, Beleuchtung) auszugeben, während der Bessergestellte mit 7500 Mfr. Gehalt nur 40,5 Proz. dafür zu verausgaben braucht, so bleibt jenem nur ein geringer Bruchteil für Kleidung, Ausstattung und Behaglichkeit der Wohnung und kulturelle Bedürfnisse. Selbst wenn der Arbeiter das Glück hat, das ganze Jahr über in Arbeit zu stehen, ist er außerstande, auch nur eine Mark zu sparen. Angesichts dieser statistischen Tatsachen wirkt der billige Rat, der uns von den Geldhörnern des Kapitals gegeben wird: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ wie eine Verhöhnung. Wird nun der Arbeiter gar von längerer Arbeitslosigkeit oder Krankheit betroffen, so kommt sein Haushaltsgeld noch mehr ins Schwanken, und die Not ist stattdessen gar nicht mehr meßbar. So geben diese wenigen Zahlen ein erschreckendes Bild von der sozialen Not unserer Zeit.

Wo bleibt die weibliche Arbeiterjugend?

Wenn wir die Statistik der deutschen Jugendbewegung betrachten, dann fällt uns auf, daß die bürgerliche Jugendbewegung in erheblichem Maße die Mädchen erfährt hat, als es in der proletarischen Jugendbewegung der Fall ist. Soweit wir in den so zahlreichen Bänden die Mitgliederzahlen nach Geschlechtern getrennt finden, stehen sich hier die männlichen und weiblichen Gruppen nicht nur gleich, sondern sehr oft umfaßt die weibliche Gruppe weit mehr als die Hälfte der ganzen Mitgliedschaft.

Gegenüber waren im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde 1923 nur 58 400 weibliche Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren organisiert gegen 213 000 männliche. Und in dem Verbande der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands ist das Verhältnis ähnlich, denn da stehen 32 175 männliche Mitglieder nur 21 247 weiblichen Mitgliedern gegenüber.

Es scheint so, als wenn hier die gleichen Ursachen wirkend sind, die wir bei der politischen Wahlbeteiligung der Frauen finden. Da haben die Parteien bekanntlich, die da immer wieder Religion und Christentum in den Wahlkampf werfen, verhältnismäßig eine starke Wahlbeteiligung durch die Frauen zu verzeichnen. Denn es ist doch charakteristisch, daß zum Beispiel der Bund deutscher Jugendvereine, der evangelisch ist, 11 333 weibliche Mitglieder hat, aber nur 9 337 männliche, und daß in dem Jugendbunde der bischöflichen Methodistenkirche die Zahl der weiblichen Mitglieder doppelt so groß ist wie die der männlichen, und daß der Jugendbund für entschiedenes Christentum gar an weiblichen Mitgliedern anderthalb mal so stark ist als an männlichen.

Große Massen junger arbeitender Menschen scheinen in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung die Ideale zu vermiffen, an die sie glauben. Sie scheinen zu glauben, ihr Gefühl müsse bei uns fröhnen, ihr Herz

Vom Kinderlegen.

Geburtenberriigerung und verlängertes Leben.

Es scheint, als ob nach dem Kriege in der Struktur der deutschen Bevölkerung eine kolossale Veränderung eingetreten ist. Die Zahl der Geborenen wird nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig geringer. Die Rationalisierung der Familie schreitet fort. Auf der anderen Seite sinkt aber auch die Zahl der Gestorbenen, so daß in Deutschland der Mensch heute länger lebt als früher. Das Resultat von dieser Entwicklung zeigt sich darin, daß die Zunahme der Bevölkerung sich verlangsamt. Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an. Auf 1000 Einwohner kamen:



Jahre	Geborene		Mehrg. Geborene als G. Gestorbene	
	Geborene	Gestorbene	Mehrg. Geborene	als G. Gestorbene
1851/1830	35,3	23,3	9,0	
1851/1870	37,2	23,8	10,3	
1871/1880	39,1	27,2	11,9	
1881/1890	33,8	25,1	11,7	
1891/1900	33,1	22,3	13,9	
1901/1910	33,0	18,7	14,3	
1911/1920	22,1	18,4	3,7	
1921/1927	21,1	12,8	8,3	

Betrachtet man die Zahl der Geborenen in den sieben Jahren von 1921/1927, so zeigt es sich, daß sie

ungefähr die Hälfte dessen beträgt, als in dem Jahrzehnt 1871/1880. Aber auch gegenüber den ersten Jahren dieses Jahrhunderts ist eine wesentliche Verminderung erkennbar. Die Zeit von 1911 bis 1920 ist für die Bevölkerungsbewegung nicht vergleichbar, da der Krieg ganz anormale Verhältnisse im Gefolge hatte. Naturgemäß ist die Zunahme der Bevölkerung gerade in dem Kriegszehnjahr sehr gering. Aber von sehr hoher Bedeutung erscheint die Tatsache, daß die Sterbefälle sich ganz gewaltig vermindert haben. Sie betragen in den verfloßenen Jahren noch nicht einmal die Hälfte derer in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Aber auch gegenüber dem ersten zwanzig Jahren in diesem Jahrhundert ist die Sterblichkeit wesentlich höher als jetzt. Der Mensch kann sich heute damit trösten, daß er länger lebt als früher. Hierin scheint sich die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar zu machen. Die sozialpolitischen Erfolge zeigen sich im Grunde mit der erfolgreichen Gesundheitsbewegung in einer wesentlich besseren Gesundheit als je zuvor. Es sind also zwei Dinge, die die Statistik des Statistischen Reichsamts klar hervortreten lassen: Erstens die Rationalisierung der Familie, wonach der Arbeiter die Zahl der Erben am Tisch nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten bestimmt, und zweitens, die gehobene Gesundheit, die durch das sozialpolitische Wirken der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt.

Kinderzahl und Qualität.

Bei den heutigen sozialen Lebensverhältnissen ist eine hohe Kinderzahl eine Gefahr für den Nachwuchs. Das beweisen heutzutage Untersuchungen, die von dem Berliner Arzt Dr. Wag und Maria Kleff angefertigt worden sind. Allerdings waren die Fälle von vier oder mehr Kindern nicht ausreichend, um hieraus ein statistisches Ergebnis ableiten zu können, doch zeigen uns die Zahlen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Familien mit 1, 2 und 3 Kindern, die von den beiden Ärzten in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege in anderem Zusammenhang bekanntgegeben werden, deutlich, wie sehr Kinderzahl und gesundheitliche Qualität der Kinder zusammenhängen.

So konnten z. B. von den Kindern, die die einzigen Kinder in den Familien waren, 27,3 Proz. der Gruppe „gut“ eingereiht werden, in den Familien, die drei Kinder hatten, brachten diese Kinder aber in der Gruppe „gut“ nur 18,2 Prozent auf.

Ähnlich war es in der mittleren Gruppe. Von den einzigen Kindern zählten zu dieser Gruppe 43,9 Proz., doch von den Familien mit drei Kindern konnten nur 27,3 Proz. dieser Gruppe zugeeilt werden.

Umgekehrt dagegen war es in der Gruppe „schlecht“. Ihr gehörten von den einzigen Kindern nur 28,8 Proz. an, dagegen stellten die Familien mit drei Kindern für diese Gruppe 54,5 Proz.

Wenn unter den Familien mit 1, 2 und 3 Kindern bereits solche Unterschiede in der Gesundheit der Kinder festgestellt werden konnten, wie wird der gesundheitliche Zustand da in den Familien mit vier oder mehr Kindern sein! Die sozialen Lebensbedingungen unserer Zeit genügen kaum für die kleinste Familie. Da bedeutet die zahlreiche Familie eine schwere Beeinträchtigung der gelunden Volkstrait. Das aber selbst zwei oder drei Kinder bereits den gesundheitlichen Zustand der Familie ungenügend beeinflussen, beweist uns, wie wenig die sozialen Lebensverhältnisse heute selbst einer normalen Volksentwicklung entsprechen. Eine Besserung der Lebensbedingungen bedeutet darum eine Stärkung unserer Volkentwirlung und Volkstunfult. Das in den Familien mit nur drei Kindern schon mehr als die Hälfte zur schlechten Gruppe rechnet, während ihr von den einzigen Kindern noch nicht ein Fünftel angehört, bedeutet doch wahrlich eine ernste Mahnung.

würde nicht warm. Und dabei ist der Glaube der Tat so voll einer schäumenden Liebe zum Menschen. Diesen heiligen Glauben, der da in unserer Bewegung lodert, müssen wir immer stärker hinaustragen in die Massen der jugendlichen suchenden Menschen, und mit einer innerlichen sittlichen Notwendigkeit werden immer weitere Kreise der arbeitenden Jugend sich hingetrieben fühlen in die Jugend, die sich einen Glauben bindet mit solch einer weltbewegenden sittlichen Tat.

Ihr hat man die Sonne gestohlen.

Das Privatauto I A 57 839 hält in einer allezeitigen Straße einer Billenvorstadt vor einem palastähnlichen Gebäude. Der Führer des Wagens geht ein paar mal. Er wird gewiß die ganze Nacht nicht geschlafen haben, denn er muß jederzeit für seine „Herrschaft“ auf dem Posten sein.

Nach etwa einer Viertelstunde öffnet sich die Tür: „Eingang für Dienstboten“. Das Dienstmädchen tritt heraus, und er ist ihr behilflich, einen großen Rohrplattentoffer an das Auto zu tragen und zu befestigen. Bald darauf nach halbvollem die „gnädige Frau“. Die Jofe folgt mit einer kleinen Krod.oderhandtasche und öffnet den Schlag; die „Gnädige“ steigt ein und nach einem: „Auf Wiedersehen, gnädige Frau, und gute Besserung!“ fährt der Wagen davon — der Schweiz entgegen.

Dort will sie sich von ihren „Sorgen“ erholen, dort wird sie die Sonne sehen — — —

Eine belibte Straße an einem dicht an der Großstadt liegenden Wüchchen Arbeiter, die von der Siedicht kommen, junge Burfchen und lichernde Wüchchen, Frauen mit ihren Kindern, Radfahrer und Autos. Ein

Bild, wie man es jeden Tag in einer Großstadt beobachtet.

Aus diesem Menschengewirr kommt ein Mensch, eine Frau heranzugewilt. Tiefe Runzeln im Gesicht, Schmeißes Haar. Sie mag wohl längst die siebzig überschritten haben. Auf dem Rücken schleppt sie eine große, schwere Reisigwelle. Man merkt es, daß die Bürde ihr Qualen bereitet. Doch wie kommt sie daher? Ihre beiden Hände halten je einen Krückengriff umklammert. Ja, auf Krücken schleppt sie sich dahin, denn sie hat ja nur ein Bein.

Jetzt, im Mai schon, schleppt sie ihren Winterbedarf zusammen, um in der kalten Zeit nicht zu frieren. Und einige Jahre vielleicht noch, wenn sie ihren Winterportrat nicht mehr zusammenfuchen kann, stellt man auch ihr eine Reize zur Verfügung — in einem Armenlary zum Friedhof.

Die Menschen hasten vorbei und beachten sie kaum. Ihr hat man die Sonne gestohlen!

S. W. Tuschke.

Der Weiber Fuß ist des Teufels Zuggarn.

Der Ehestand ist eine Projektion, wo immer das Kreuz vorangeht.

Eine Haushaltung ohne Weib ist eine Laterne ohne Licht.

Wenn die Eltern Wolken sammeln, so kommt das Gewitter über die Kinder.

Erbsünde. Besucher: „Und diese schönen alten Möbel sind wohl Erbsünde?“

Hausfrau: „Ja, mein Großvater zahlte schon die ersten Raten, und jetzt haben wir immer weiter abgezahlt!“

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Mitgliederversammlung am 5. Dezember. Mit einem Ausruf für den verstorbenen 1. Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckerverbandes, Joseph Seitz, eröffnete Kollege G. Brodmann die stark besuchte Versammlung. Das Hauptinteresse der Versammlung konzentrierte sich auf die von der Ortsverwaltung eingehende Vorlage über die Abänderung des Ortsstatuts. Hier war es im besonderen der § 9 der neuen Vorlage, der vom Berichtsführer, Kollegen Glöck, eingehend begründet wurde und Anlaß zu einer ausgedehnten Debatte gab. Leider wurde die Versammlung durch die Anwesenheit der „Opposition“ mit dem Wiedererschließen mißliebiger Redner auf ein so tiefes Niveau gezogen, daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, ganz energische Maßnahmen gegen die meist jugendlichen Versammlungstörer anzubahnen. In der Debatte wandten sich verschiedene ältere Kollegen und Kolleginnen gegen die Schaffung einer Generalversammlung und die Beschränkung der Mitglieder-Versammlungen. Aber selbst die oppositionellsten Redner mußten anerkennen und zugeben, daß der bisherige Zustand nicht mehr aufrechterhalten werden kann und abgeändert werden müsse. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag an, eine neungliederige Statutenberatungskommission einzusetzen, womit die Vorlage der Ortsverwaltung vorläufig erledigt war. Die Mitglieder der Kommission sind die Kollegen und Kolleginnen Richard Arnold, Braun, Klaus, Krenslin, Hermann Meyer, Marie Müller, Paul Reichert, Richard Wolter und Margarete Wäß. Unter Mitteilungen wurden die Kollegen ersucht, einem Antrag der Ortsverwaltung, für den Zweck der Weihnachtsunterstützung Ertragsbeiträge zu erheben, zuzustimmen. Beschlossen wurde, für männliche Mitglieder zwei Beiträge à 50 Pf., für weibliche zwei Beiträge à 30 Pf. zu erheben.

Gegen die beabsichtigten Verschlechterungen in der Reichsversicherungsordnung schloß sich die Versammlung einem Protest an, der von dem Ausschuß der Ortskrankenkasse erhoben wurde. Ebenso protestierte die Versammlung gegen den Ausschluß der Kassenmitglieder von der Ambulatorienbehandlung. Ein Kultur-Filmvortrag mit unserem eigenen Filmapparat, der aber noch mancherlei Mängel aufwies, beschloß die Versammlung.

Leipzig. Unsere Mitgliederversammlung am 27. November mit der Tagesordnung: 1. Filmvortrag über die Genossenschaftsbewegung und ihre Erfolge, 2. Beschlußfassung über die Weihnachtsunterstützung für unsere arbeitslosen, kranken und invaliden Mitglieder, 3. Organisatorisches und Verschiedenes, konnte sich eines guten Besuches erfreuen. Die Genehmigung schlug der Versammlung vor, in diesem Jahre von einer Sammlung abzusehen, dafür aber den arbeitslosen und kranken Mitgliedern die Weihnachtsunterstützung aus der Ortskasse zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. Ueber die Genossenschaftsbewegung referierte der Genosse Mintwieg vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz. Ausgehend von dem Hungerjahr 1848/49 schilderte der Referent in eingehender und doch leichtverständlicher Weise die Gründung und den Aufstieg der deutschen Genossenschaftsbewegung. In Hand von Beispielen zeigte er unter Hinweis auf das größte Unternehmen Deutschlands, die Groß-Schlächtereier in Oldenburg und anderes mehr, die lehrreiche Arbeit der Genossenschaft für die gesamte Arbeiterklasse und schloß mit den Worten, daß diese Bewegung ihren Weg in stiller und zäher Arbeit trotz allen Anfeindungen aus den Händlerkreisen aufwärts gegangen ist und noch weiter aufwärts steigt. Regier Beifall bezog die Interesse der Versammlung an dem Referat. Der Kollege Beyer ergänzte noch diese Ausführungen und forderte alle Anwesenden auf, ihre Mitgliedschaft unbedingt im Konsumverein zu bewirken, soweit dies noch nicht geschehen ist, da auch die Genossenschaften einen wichtigen Faktor darstellen in dem Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Staat. Weiterhin forderte er die Kollegen auf, die in den Kantinen-Kommissionen mitwirken, dafür besorgt zu sein, daß alle Waren, die in den Fabrik-Kantinen verkauft werden, aus dem Konsumverein bezogen werden. Anschließend lief dann zum besseren Verständnis noch der Genossenschafts-film. In diesem wurden die Einrichtungen der Genossenschaften praktisch gezeigt. Unter Organisatorischem und Verschiedenem wies der Kollege Beyer noch darauf hin, daß Ueberstunden nur nach Genehmigung des Betriebsrates und der Gewerkschaft geleistet werden dürfen, um unseren arbeitslosen, deren Zahl wieder ganz beträchtlich gestiegen ist, Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen. Des weiteren ersucht er die Funktionäre, daß die monatlichen Statistiken über Ueberstunden, Kurzarbeit, Entlassungen rechtzeitig und pünktlich abgeliefert werden müssen, wenn sie einen praktischen Wert haben sollen. Hierauf erfolgte Schluß der sehr gut verlaufenen Versammlung.

Rund'han.

Joseph Seitz' letzter Gang. In leichtem Schnee wiegen sich die dunklen Tannen des idyllischen Waldfriedhofes in München und grünen wie ein geschmückter Weihnachtsbaum die große Zahl der auf den Waldbögen still Dahinschreitenden. Blumenüberdeckt erscheint der Sarg des von Berlin nach München übergeführten Kollegen Seitz vor der Aussegnungshalle. Ein Riesenkranz mit Lorbeer und einer herrlichen Schleife in der Buchdruckerfarben leuchtet der unübersehbaren Trauerversammlung entgegen.

Das Grabbild von Kallwoda flingt, durch ein Hornquartett zum Vortrag gebracht, weißbevoll von dem Tannenwald, und als daran anschließend der Buchdrucker-Gesangverein München, der Seitz' Heimgegangener war, den Uhmarsch Chor „Du setz' den Landstimmungswort wiedergab, da lag tiefste Ergriffenheit über den in Schmerz aufgelösten trauernden Familienangehörigen und der ganzen großen Trauerversammlung.

Die Worte des zweiten Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Kollegen Krauß, gingen tief zu Herzen.

Alle, so führte Krauß in seinem letzten Scheidegruß aus, hätten ihm wohl aus vollem Herzen gewünscht, daß er anders heimgekehrt wäre, und einst an der Seite seiner lieben Gattin noch einen langen, friedlichen Lebensabend auf seinem heimlichen Boden verbringen würde. Seitz verband die ihm in hohem Maße innewohnenden Führereigenschaften

mit edlem Sinn, Hergenswärme und Güte. 45 Jahre lang gehörte er seiner Organisation an, 25 Jahre, ein Vierteljahrhundert diente er mit aufopferungsvoller Hingabe als Organisationsleiter, und zehn Jahre stand er an der Spitze der gesamten deutschen Buchdrucker-Gewerkschaft, der schwersten Zeit, die die Arbeiterbewegung überhaupt zu durchlaufen hatte. Sein ganzes Leben war erfüllt von Arbeit für den Verband, für die allgemeine und darüber hinaus für die internationale Arbeiterbewegung. Alles das war ihm zum Lebensinhalt geworden und selbst auf seinem Krankenlager waren seine ganzen Gedanken bei den Aufgaben, die er für die Organisation noch lösen wollte. Von uns, so hob der Redner hervor, ist nicht nur der Führer, nicht nur der Kollege, sondern auch der treue Freund gegangen, und gerade wir im Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, trauern besonders schwer um den Verlust, da jeder einzelne von uns so empfand: als ob eines unserer liebsten Familienangehörigen von uns gegangen ist. Mit seiner lieben Gattin, die 38 Jahre mit ihm durchs Leben ging, teilen den tiefen Schmerz um den Heimgegangenen Hunderttausende und diese Teilnahme geht weit über die Grenzen des Reiches hinaus. Fahre wohl, du treuer Kamerad, ruhe sanft in heimatlicher Erde! Wir sagen dir aus vollem Herzen heißen Dank. Der grüne Lorbeer, den wir dir widmen, ist vergänglich, aber das Andenken an dich und deine Verdienste um den Verband werden auch nach deinem Tode unvergänglich sein!

Langsam bewegt sich dann der lange Trauerzug durch das weite winterliche Gebäude des Waldfriedhofes zur letzten Ruhestätte. Eine Fülle von Kränzen wurden mit kurzen Abschiedsworten niedergelegt. Auch der Deutsche Buchdrucker-Verein ließ durch die Prinzipalvertreter Wolf und

Großstadtabend

**Nun löschen alle Lichter aus.
Der Nebel steigt. Die Sonne sinkt.
Ein nimmermüdes Surren schwingt
Noch immer um das Großstadthaus.**

**Nun legt die Hände in den Schoß
Die Arbeit, die ihr Werk getan.
Aus Wahrheit löst sich nun und Wahn
Ein letztes Sehnen atemlos . . .**

**Ein letztes Sehnen nach dem Glück
Aus hundert blinden Scheiden quillt.
Der Tag sank nebelndunsthüll
Und kehrt nie wieder dir zurück.**

a. v.

Oldenburg, München, dem unerwartet Dahingefahrenen mit der Versicherung, ihm ein ehrendes Andenken zu bewahren, die letzten Grüße entbieten.

Im Namen des Zentralvorstandes und Beirats unseres Verbandes legte der Beiratsvorsitzende Kollege Schmid, München, einen Lorbeerkranz mit Palmen nieder und versicherte den trauernden Familienangehörigen und der ganzen deutschen Buchdrucker-Gewerkschaft, daß auch die Mitglieder des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter vom Heimgang des um die Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe so sehr verdienstvollen Mannes aus tiefster Erschütterung sind. Wie in den Reihen der Buchdrucker wird auch in den Herzen der organisierten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Name Seitz im ehrenden Andenken stets fortleben. Kollege Lehmeier, München, legte im Namen der Hamburger Zahlstelle einen prachtvollen Kranz nieder. Die ergreifende Trauerfeier beschloß der Buchdrucker-Gesangverein mit dem schottischen Bardenchor von Sicker und das Hornquartett mit dem Vortrag der Grabesruhe von Klopke. Als sich die große Trauerversammlung aufgelöst hatte, war sich jeder der Teilnehmer bewußt, daß mit Kollegen Seitz ein prächtiger Mensch, ein edler Charakter zu Grabe getragen war. Sch.

Genossenschaftsschule Hamburg. Die Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veranstaltet im Rahmen ihrer mannigfachen Lehr-, Unterrichts- und Erziehungsstätigkeit alljährlich einen fünf Monate währenden Kursus an der Genossenschaftsschule des Zentralverbandes in Hamburg. Auf diesen Kursen, zu denen aus den angeschlossenen Konsumvereinen oder Zentralen für leitende Stellen besorgte jüngere Kräfte entsandt werden, wird gründliche Kunde vom Genossenschaftswesen und ebensolches Wissen über Betriebs- und Buchführung vermittelt. Ein reiches Anschauungsunterricht ergänzt und vertieft die Lehrtätigkeit. Am 1. November dieses Jahres wurde der siebente sogenannte Halbjahreskursus im Saale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine durch den Vorsitzenden der Fortbildungskommission, Geschäftsführer Heinrich Lorenz, eröffnet. Die Zahl der Kurssteilnehmer, die etwa 25 betragen kann, beträgt diesmal 23, darunter eine Frau. Den nunmehrigen Teilnehmern sind in den früheren Jahren bereits 126 andere vorausgegangen, von denen sich die meisten in leitenden, teils hervorragenden verantwortlichen Stellen innerhalb des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine befinden.

Briefkasten.

N. N. in St. Die Anzeige kostet 5 Mk.

Abrechnungen.

In der Woche vom 3. bis 8. Dezember sind die Abrechnungen des 3. Quartals aus Gau 5 (Freitag Sachjen) und Gau 7a (Schlesien) bei der Hauptkasse eingegangen. Gehaltungen: Gau 5: 4329,32 Mk., Gau 7a: 1389,10 Mk.
Berlin, den 8. Dezember 1928.

S. Cobah L.

Für die Woche vom 9. bis 15. Dezember ist die Beitragsmarke für das 50. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedkarte zu kleben.

Unsern lieben Kollegen Hubert Müller und Gemahlin zu ihrer am 24. November stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Düsseldorf.

Unserer lieben Kollegin Lydia Richter und ihrem Gemahl zur stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Kaiserlautern.

Unsern lieben Kollegen Julius Horadam (in Firma Braun u. Co.) und seiner Braut, der Kollegin Maria Wähler, zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Karlsruhe.

Unsern lieben Kollegen und Vorstandsmittglied Fritz Arenos zu seinem 25jährigen Geschäftsjubiläum in der Firma Gebrüder Stollwerk die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Köln a. Rhein.

Unsern lieben Kollegen Karl Kübler zu seinem am 15. November 1928 und unserer lieben Kollegin Pauline Krämer zu ihrem am 7. Dezember 1928 stattgefundenen Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegenchaft der Firma Dreiner u. Pfeiffer, Stuttgart.

Unsern lieben Kollegen
HERMANN LINK
zu seinem stattgefundenen 25jährigen Arbeitsjubiläum bei der Firma G. Braunsche Druckerei die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Karlsruhe.

Plötzlich und unerwartet verschied am 5. Dezember unser lieber Kollege
Arthur Röhler
im Alter von 66 Jahren.

Nach kurzer Krankheit verstarb am 6. Dezember unser langjähriges Mitglied, die Kollegin
Klara Kübler
im Alter von 68 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Waagen.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schuler, Charlottenburg, Meerstraße 16. Fernr.: Ami Weiland 1326 - Verlag: S. Cobah L., Charlottenburg. - Druck: Nordische Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 68.

Weihnachten naht!

Ein schönes Geschenk ist ein
LINDCAR
Fahrrad
Für Gewerkschaftler
ohne Anzahlung!

Wochenrate Mk. 3.-



LINDCAR
FAHRRADWERK
AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN